

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 18

Artikel: Doppelbilanz für Chile : 10 Jahre Militärregierung Pinochet
Autor: Puelma, Mario
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093575>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

10 Jahre Militärregierung Pinochet

Doppelbilanz für Chile

Mario Puelma zur zweigeteilten Absage an die Demokratie seit 1970

Unruhen und Attentate in Chile. Das ist der Spätsommer für General Pinochet, der seit zehn Jahren an der Macht ist. Er hatte damals eine Alternative zum Allende-Regime bieten wollen, aber er hat nichts anderes gefunden als eine andere Form der Diktatur, weil der Glaube der Nation an die pluralistische Demokratie (und eine andere gibt es nicht) erschüttert war. Prof. Puelma zeigt in seinem Beitrag, wie es zum verkrusteten Zustand von heute gekommen ist.

Am 11. September 1983 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem das marxistische Volksfrontregime Salvador Allendes nach nicht ganz dreijähriger Existenz in Rauch und Flammen einer bürgerkriegsähnlichen militärischen Intervention unterging, die dem einst als demokratisches Musterland Lateinamerikas geltenden Andenstaat Chile ein Dezennium harter Militärdiktatur gebracht hat, aus deren Fesseln es sich offenbar nur schwer zu lösen vermag.

Die Unerbittlichkeit und Starrheit der von General Augusto Pinochet verkörperten persönlichen Autokratie lässt heute verständlicherweise die Kausalkette aus dem Blickfeld schwinden, die den Pendelschlag des gewaltsamen militärischen Umsturzes vom 11. September 1973 mit dem unheilvollen Experiment der vorangehenden Volksfrontregierung verbindet. Am zehnten Jahrestag jenes in der Geschichte Chiles so schicksalsschweren Tages ist daher eine kurze Besinnung auf die damalige Situation und ihre Folgen angebracht.

Allende: Legal zur Macht, illegal an der Macht

Im Rückblick lässt sich heute aufgrund ausgiebiger historischer Dokumentierung sagen: Allende und seine Parteienkoalition marxistisch-leninistischer Ausrichtung ist wohl im Rahmen und nach den verfassungsmässigen Spielregeln einer gut gegründeten und funktionierenden repräsentativen Demokratie am 3. November 1970 legal zur Regierungsmacht gekommen; er hat jedoch – aus welchen Gründen auch immer – von der legal übernommenen Staatsgewalt auf zunehmend illegale Weise bis zum völligen Bruch mit der verfassungsmässigen Rechtsstaatlichkeit praktisch Gebrauch gemacht, wobei die von ihm und seinen Anhängern angewandten Mittel immer deutlichere Züge der Technik der kalten – und, wenn

nötig, blutigen – Machtergreifung nach osteuropäischem Muster zeigten.¹

Die tiefere Ursache für diese Entwicklung, die schliesslich die alte chilenische Demokratie und ihre Institutionen sprengen musste, lag in der von Anfang an unüberbrückbaren und konsequenterweise zur Staatskrise führenden Gegensatz zwischen der parlamentarisch-demokratischen Verfassung, auf deren Boden Allende die Regierungsgewalt übernahm, und dem kompromisslos durchgeführten Programm seiner Volksfrontkoalition, dessen Erfüllung auf folgenden drei Grundsätzen beruhte: 1. Um eine soziale Revolution zum Ziele zu führen, ist es nicht notwendig, mit der Unterstützung durch die Volksmehrheit zu rechnen; 2. für den Übergang zum Sozialismus ist die Etappe der Diktatur des Proletariates unentbehrlich; 3. zur Erreichung der Ziele der Revolution ist eine Pluralität taktischer Mittel geboten («friedlicher» und «bewaffneter Weg» zum Sozialismus).

Ohne die dogmatische Unnachgiebigkeit, mit der, in Verkennung der realen Kräfteverhältnisse, diese Grundsätze bis zuletzt unter dem wachsenden Einfluss des radikalen Flügels der Unidad Popular durchgeföhrt wurden, hätte Allende sein sozialistisches Reformprogramm, das weitgehend mit jenem der Mehrheit der oppositionellen Christdemokraten übereinstimmte, wohl mit Erfolg auf parlamentarischem Wege verwirklichen können. Es wäre dann allerdings nicht die revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen gewesen, die das orthodoxe Programm der Volksfrontkoalition anstrebte. Aber dafür wäre Chile der Zusammenbruch seiner traditionsreichen und trotz allen Schwächen bewährten rechtstaatlichen Demokratie erspart geblieben. Dieser Zusammenbruch war schon lange vor dem 11. September 1973 eingeleitet worden. An diesem Putschdatum wur-

de er nur in äusserlich spektakulärer Form sichtbar, als die Streitkräfte, einem verzweifelten Hilferuf der vom Untergang bedrohten unabhängigen Staatsgewalten der parlamentarischen Legislative (sog. Illegalitätserklärung vom 22. August 1973) und der Judikative (Erklärung des Obersten Gerichtshofes vom 26. Juni 1973) folgend, dem aus der Bahn der verfassungsmässigen Legalität geratenen Volksfrontregime Salvador Allendes ein gewaltsames Ende bereiteten, das seinerseits der verfassungsmässigen Kontinuität den Todesstoss versetzte und unabsehbare Risiken für die politische Zukunft des Landes in sich barg.

Pinochet: Ein General zieht die Bremse...

Ob der Einsatz militärischer Gewalt damals wirklich der einzige Ausweg war, um der offenkundig nach totalitärer Macht strebenden Volksfrontregierung im letzten Augenblick Einhalt zu gebieten, wird vom faktischen wie vom staatsrechtlichen Standpunkt aus wohl immer umstritten bleiben. Die Mehrheit der im chilenischen Parlament vertretenen Parteien und wohl auch der Landesbevölkerung glaubte jedenfalls den militärischen Eingriff im Sinne des Staatsnotstandes als gerechtfertigt annehmen oder wenigstens als notwendiges Übel für eine Übergangsperiode dulden zu können. In diesem Sinne äusserte sich der Oberste Gerichtshof und der Juristenverband Chiles ebenso wie der frühere Staats- und damalige Senatspräsident Eduardo Frei von der Christdemokratischen Partei in seinem bekannten Brief von November 1973 an den italienischen DC-Präsidenten Mariano Rumor.³

Das aktuelle Buch aus der Buchhandlung SOI

Aktuell zum Thema Lateinamerika

Mario Puelma

CHILE 1970–1973

Die Zerschlagung einer Demokratie
SOI, Bern 1975, 248 S., br., Fr. 24.—

Peter Gaupp

Brennpunkt Zentralamerika

Eindrücke einer Krisenregion
Nicaragua, Honduras, El Salvador,
Guatemala, Costa Rica
NZZ, Zürich 1983, 88 S., ill., br.,
Fr. 18.—

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an Buchhandlung SOI
Postfach – 3000 Bern 6



CORVALAN: —Y dígame a los compañeros del Kremlin, que tienen que reajustar en un 130,2 por ciento la ayuda que envían para el Partido y que no se les olvide que los dólares deben llegar antes de las elecciones.

Allende vor Besprechungen mit der Sowjetführung in einer zeitgenössischen oppositionellen Karikatur («Patria y Libertad», Santiago, 16. 11. 1972). Der chilenische KP-Chef Luis Corvalán (später von den Militärs inhaftiert und dann 1976 im Austausch gegen Bukowski in die UdSSR entlassen) sagt zu Allende: «Und richten Sie bitte den Genossen im Kreml aus, dass sie ihre Hilfe an die Partei um 130,2% anpassen müssen. Und sie sollen nicht vergessen, dass die Dollar noch vor den Wahlen hier einzutreffen haben.»

Allendes Gegner in der Spätzeit seines Regimes waren nicht nur die Militärs. Streiks, Arbeiterdemonstrationen und Protestmärsche von Hausfrauen spiegelten das Bild der grossen Enttäuschung in breiten Bevölkerungskreisen.

Man unterschätzte allerdings sowohl die Eigenständigkeit militärischen Machtgedankens wie die Tiefe des Risses, den das revolutionär marxistische Volksfrontregime im politischen und sozialen Gefüge Chiles hinterlassen hatte. Das Schwerwiegende und für die Zukunft Verhängnisvolle der Entwicklung in Chile unter Salvador Allende bestand darin, dass die Grundfesten der langlebigen bürgerlichen Demokratie mit ihren Spielregeln kompromissbereiter Toleranz und ihrem Gleichgewicht der unabhängigen Staatsgewalten von innen und von oben her durch die Inhaber der Exekutivmacht selbst erschüttert und ausgehöhlt worden waren mit Hilfe ausserparlamentarischer und inkonstitutioneller Kräfte, die Beziehungen zu ausländischen Revolutionszentren unterhielten.

Eine solche Entwicklung war dazu angetan, den Glauben an die Lebens- und Verteidigungsfähigkeit der bisherigen demokratischen Strukturen als solche zu zerstören und so den Boden vorzubereiten für die Aufrichtung einer autoritären Diktatur durch jene militärische Macht, die sich auf den Plan gerufen fühlte, den von der Volksfront geschaffenen staatspolitischen Trümmerhaufen aufzuräumen. Die Militärs waren geneigt, das System der parlamentarischen Demokratie an sich für die Katastrophe verantwortlich zu machen, d. h. das Kind mit dem Bade auszuschiessen.

So schlug das Allende ablösende Militärregime, von einem abgrundtiefen – längere Zeit anscheinend von weiten Bevölkerungskreisen geteilten – Misstrauen gegen Form und Geist der parlamentarischen Demokratie und des diese tragenden

Parteiensystems geleitet, den Weg zu einer sogenannten «autoritären Demokratie» ein, die im Prinzip vom freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat nicht viel weniger entfernt war als die Ziel-«Demokratie» der marxistisch-leninistischen Volksfront, die man hatte verhindern wollen. Beide trafen sich im staatstragenden Grundsatz der Intoleranz und des Hasses gegenüber dem zum Feindbild stilisierten Andersdenkenden.

... und verwechselt sie mit dem Steuer

Die Saat, die die hemmungslos klassenkämpferische Konfrontationspolitik des Volksfrontregimes ausgestreut hatte, nämlich die Spaltung der Nation in «gute» und «schlechte» Chilenen, in «Patrioten» und «Antipatrioten», ist paradoxerweise erst nach dessen Sturz im Bumerangeffekt mit umgekehrtem Vorzeichen voll aufgegangen, ja auf lange Zeit hin sozusagen institutionalisiert worden; sichtbarer Ausdruck dafür ist die Ende 1980 unter zweifelhaften Umständen zur Volksabstimmung gebrachte scheindemokratische Verfassung, welche die Polarisierung der Nation auf unabsehbare Zeit im Zeichen eines permanenten Ausnahmezustandes gleichsam konservieren soll. Triebfeder des von einem geradezu manichäischen Kontrastdenken bestimmten Immobilismus, der die zehnjährige Militärdiktatur der Nach-Allende-Zeit kennzeichnet und zu einem äusserst gefährlichen politischen Vakuum geführt hat, ist bis heute die Angstpsychose vor einem Rückfall in die Gefahrenzone des «realen Sozialismus» sowjetisch-kubanischer Prägung geblieben, deren Erinnerungsbild auch weiterhin wie

ein unbewältigtes Trauma auf Chile lastet. Man kann es als tragische Ironie bezeichnen, dass gerade die in einem unmenschlichen Feindbild erstarrte Militärdiktatur, die das Land in kasernehafter Dauerquarantäne halten zu können glaubt, die besten Bedingungen zu einem solchen Rückfall schafft.

Wie man sich auch zur Frage des folgenschweren Regimewechsels in Chile vor zehn Jahren stellen mag, eines darf man mit Sicherheit sagen: Ohne das Regime Allendes mit seiner immanenten Aushöhlung und Diskreditierung der traditionellen demokratischen Strukturen und Massstäbe einer bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung hätte es nie ein Regime Pinochet mit seinen dazu antipodischen Auswüchsen gegeben, und die chilenische Demokratie wäre wohl ihren eigenständigen und innerhalb Lateinamerikas singulären Weg der fortschreitenden Entwicklung in Freiheit und Ordnung weitergegangen. Es bleibt nur zu hoffen, dass das vielgeprüfte Land, gereift um die dreizehnjährige Erfahrung des Unheils extremer Positionen, bald aus eigener Kraft einen friedlichen Weg zurück zur goldenen Mitte des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates findet, bevor es dazu zu spät ist.

Anmerkungen

1) Zu der im Buche «Chile 1970-1973», Bern 1975, angeführten Bibliographie sei – in kleiner Auswahl – auf folgende seither erschienene Werke zum Problem der Allende-Regierung und ihrer Folgen verwiesen: Chile 1970-1973. Lecciones de una experiencia, Madrid 1977

Fr. Francou, Le Chili, le socialisme et l'Eglise, Paris 1976

R. Moss, The collapse of Democracy, London 1975
C. Rangel, Du bon sauvage au bon révolutionnaire, Paris 1976

Fr. Revel, La tentation totalitaire, Paris 1976
R. J. Alexander, The tragedy of Chile, London 1978
G. Arriagada, El pensamiento político de los militares Santiago 1981

2) Allende hat zwar anfänglich die Einrichtung des Sozialismus in Chile auch ohne diese Zwischenetappe für möglich erklärt, doch konnte er sich bald nicht mehr der dogmatischen Generallinie der Mehrheit der UP-Parteien entziehen, die auf Diktatur des Proletariats als nächsterreichbare Etappe zielten.

3) Eine Minderheitsgruppe christdemokratischer Abgeordneter verurteilte dagegen in einer Erklärung vom 13. September 1973 kategorisch den Sturz Allendes durch militärische Gewalt, obgleich sie die «Illegalitätserklärung» vom 22. August mit unterzeichnet hatten. Sie hielten im Gegensatz zu der von Ed. Frei angeführten Mehrheit der DC an ihrer Überzeugung fest, «dass wir in Chile die Einrichtung eines totalitären Regimes hätten verhindern können, ohne die Notwendigkeit des Verlustes an Menschenleben und der unvermeidlichen Exzesse auf uns zu nehmen, die mit Gewaltaktionen verbunden sind». Beide Gruppen der Christdemokraten rechneten – ebenso wie die anderen demokratischen Parteien der Allende-Opposition – mit baldigen vollen Wiederherstellung der demokratischen Rechtsordnung, wie sie die Erklärungen der Militärjunta vom 11. und 12. September 1973 auch tatsächlich erwarten liessen.

4) Allende setzte hierzu den Präzedenzfall mit seinem in der Geschichte der chilenischen Präsidenten erstmaligen Ausspruch: «Ich bin nicht der Präsident aller Chilenen, sondern der sozialistischen Volksfront». Dementsprechend war auch seine Verwendung des Begriffes «Volk»; in der offiziellen Terminologie teilte sich die Bevölkerung Chiles in «Volk» = Volksfrontanhänger und «Reaktionäre» = Opposition (wobei letztere die Mehrheit ausmachten); in ähnlicher Schwarz-Weiss-Manier kennt Pinochet nur «Patrioten» und «Kommunisten».